



AEB

Aktive Eltern von Menschen mit Behinderung VFG
Genitori attivi per l'inclusione delle persone con disabilità APS

PRESSEMITTEILUNG

Kinder mit Behinderung werden systematisch benachteiligt: AEB fordert sofortiges Handeln!

Bozen, 05. Juni 2026

Während Politik und Verwaltung regelmäßig von Inklusion sprechen, erleben viele Familien in Südtirol eine völlig andere Realität: Kinder und Jugendliche mit Behinderung erhalten nicht jene Unterstützung, die Fachpersonen vor Ort als notwendig erachten.

Dem AEB – Aktive Eltern von Menschen mit Behinderung – werden immer mehr Fälle gemeldet, in denen die zugewiesenen Stunden von Integrationslehrpersonen und Mitarbeiter:innen für Integration deutlich unter dem tatsächlichen Bedarf liegen. Besonders problematisch ist dabei, dass die Entscheidungen oft nicht den fachlichen Empfehlungen jener Personen folgen, die die Kinder täglich begleiten und ihre Situation am besten kennen.

„Wenn Schulführungskräfte, Klassenräte, Therapeut:innen, Schulpsycholog:innen, Ärzt:innen und Betreuungspersonal einen höheren Unterstützungsbedarf feststellen, dieser aber bei der Zuteilung der Ressourcen nicht berücksichtigt wird, dann findet keine bedarfsgerechte Stundenzuweisung mehr, sondern Verwaltung nach Sparlogik und nach einem bestimmten Rastersystem auf dem Rücken der betroffenen Kinder mit Behinderung. Eine bedarfsgerechte Förderung kann unter diesen Umständen und Vorgangsweisen nicht stattfinden. Die Qualität der inklusiven Schule ist in Gefahr, Klassenräte sind mit den bestehenden Situationen überfordert“, kritisiert Bernardette Ramoser, Ausschussmitglied vom AEB. „Auf diese Problematik wurde auch beim Bildungsforum oft hingewiesen und Kritik geübt.“

Der Verein ruft deshalb Eltern, Schulführungskräfte und pädagogische Fachkräfte dazu auf, noch vor Schulschluss aktiv zu werden und den tatsächlich notwendigen Stundenbedarf schriftlich festzuhalten und an die Bildungsdirektion zu melden. Nur wenn die reale Situation sichtbar gemacht wird, kann der bestehende Missstand nicht länger ignoriert werden.

Gleichzeitig warnt der AEB davor, die Debatte ausschließlich auf die jährliche Stundenzuteilung zu reduzieren. Das eigentliche Problem liegt tiefer.

Seit Jahren gelingt es nicht, ausreichend qualifiziertes Personal für die Integrationsstellen zu gewinnen und langfristig im System zu halten. Solange Integrationslehrpersonen und Mitarbeiter:innen vielfach nur mit befristeten Verträgen beschäftigt werden, fehlt jede Planungssicherheit. Wer investiert Jahre in Ausbildung und Spezialisierung, wenn am Ende oft nur eine provisorische Anstellung für ein Schuljahr wartet?

Hinzu kommen bürokratische Hürden bei der Anerkennung ausländischer Studientitel sowie langwierige Zugangswege zu Spezialisierungen und Wettbewerben. Dadurch werden dringend benötigte Fachkräfte abgeschreckt, statt gewonnen.

Der AEB fordert daher:

- eine bedarfsgerechte Zuweisung von Integrationsstunden auf Grundlage der fachlichen Einschätzungen vor Ort;

- eine langfristige Personalstrategie für Integrationslehrpersonen und Mitarbeiter:innen für Integration;
- stabile und attraktive Stellenpläne statt dauerhafter Provisorien und Notlösungen;
- eine raschere Anerkennung ausländischer Qualifikationen;
- konkrete politische Maßnahmen zur Gewinnung und Bindung qualifizierter Fachkräfte.

„Inklusion darf nicht an Personalmangel, Bürokratie oder Sparmaßnahmen scheitern. Kinder mit Behinderung haben ein Recht auf Bildung und Unterstützung, die sich an ihrem tatsächlichen Bedarf orientiert. Dieses Recht muss endlich konsequent umgesetzt werden“, so Thomas Spitaler, AEB-Vorstandsmitglied.